



Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Gäste –

Die Unterwanderung unserer Gesellschaft durch extremistische und populistische Gruppierungen gelingt besonders dann, wenn der Staat als nicht handlungsfähig erlebt wird und Entscheidungen nicht zu Ergebnissen führen.

Im Artikel 28 (2) unseres Grundgesetzes heißt es: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Die kommunale Planungshoheit hat eine lange Tradition.

Gerade das Recht, die städtebauliche Entwicklung einer Stadt, die baulichen Nutzungen sowie die Pflege des Stadt- und Landschaftsbilds verhandeln, steuern und regeln zu dürfen, ist für uns als Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ein bedeutender Wert in unserem Selbstverständnis.

Die Realität sieht jedoch anders aus, wenn wir uns den Haushaltsentwurf 2025 ansehen.

Schon seine Aufstellung war über die Instanzen Magistrat und Arbeitsgremien schwierig (und wird heute sicherlich auch noch schwierige Momente haben) – er wird aber vor allem in der Umsetzung allen in dieser Kommune einiges abverlangen.

Die Haushaltsplanung ist deshalb so schwierig, weil – auch wenn es hier so klar noch nicht gesagt wurde – die Kassen der Stadt Idstein leer sind.  
Oder zumindest leer sein werden, wenn wir den Haushaltsplan so aufstellen und umsetzen, wie zum Stand der HFWA-Sitzung vor zwei Wochen, errechnet.

Ganze EUR 30.020 blieben dann noch – faktisch wären dann alle Rücklagen aufgebraucht.

Natürlich ist ein Haushalt dafür da, für alle Idsteiner Bürgerinnen und Bürger – Gutes, Sinnvolles, in die Zukunft weisendes im Sinne des Gemeinwohls finanziell zu ermöglichen.

Das Geld soll ausgegeben werden!

Wie und für was, in welchem Zeitrahmen und unter wie raschem Abschmelzen oder wieder Aufbauen von finanziellen Rücklagen, das ist allerdings eine Frage, die je nach politischer Grundhaltung und politischer Schwerpunktsetzung zwischen den Fraktionen unterschiedlich ist.



Und das ist auch gut so.

Worüber wir heute definitiv reden werden, ist die wiederum geplante massive Subventionierung des On-Demand-Verkehrs.

Die Nr. 79 der Haushalts-Antragsliste rufen wir daher heute noch einmal auf. Meine Kollegin Dr. Anderegg wird später dazu weiter ausführen.

Und wenn wir über folgende Generationen sprechen;

wenn wir über gefrustete, verärgerte, sich zurückgesetztühlende Bürgerinnen und Bürger sprechen –

dann sollten wir unbedingt auch darüber sprechen, dass es aus Sicht der ULI sehr nachvollziehbar ist, woher es kommt, wenn besonders in den kleineren Ortsteilen die dort lebenden Menschen klagen, sie seien gefühlt nur Idsteiner:innen zweiter Klasse.

Dringliche, zum Teil wirklich hochnotdringliche Anliegen solcher kleinen Stadtteile werden immer wieder vertagt. „bis auf weiteres verschoben“, wie es so schön unverbindlich heißt.

Ein Beispiel? Die Renovierung oder der womöglich nötige Neubau des komplett maroden DGHs in Lenzhahn.

Ich kann mich gut erinnern, wie der damalige Ortsbeirat schon in der letzten Wahlperiode über konkrete Umbau- und Teilabrisspläne die Köpfe zusammengesteckt hat. Es wurde damals bereits suggeriert, die wirklich dringliche Maßnahme stünde kurz vor ihrer Initiierung.

Es ist nach fast 5 Jahren immer noch nichts passiert, auch wenn der Magistrat sich bei seiner diesjährigen Sitzung im DGH Lenzhahn von dem erbarmungswürdigen Zustand des Gebäudes überzeugen konnte.

In der Anlage 2 zu der Haushaltsplan-Drucksache DS 181/2024, schauen Sie auf die Seite 5 in die vorletzte Zeile.

Dort ist zu lesen

„Sanierung Gebäudehülle, Dach, Fassade, Fenster und Heizung;

2025: Planung + Entscheidung über die Umsetzung Sanierung oder Abbruch/Neubau;

2025 – 2028: Umsetzung Sanierung (€ 1.2Mio)“.

Desweiteren findet sich die Anmerkung: „Konstruktiv und energetisch DRINGEND notwendig.“



Und wo finden wir das im Haushaltsplan? Richtig: Gar nicht.

In der Anlage 2 heißt es noch „Aufgrund von Kapazitätsengpässen in der Sachbearbeitung Hochbau/Gebäudemanagement konnte die Maßnahme noch nicht begonnen werden. Neuanmeldung 2025 – 2028.“

Nur, daß diese Neuanmeldung nicht erfolgt ist.

Wie müssen sich die Menschen in Lenzhahn fühlen, deren Ortsvorsteherin noch im BPA vorgetragen hat, wie unhaltbar die Situation dieses für die – sehr starke – Lenzhahner Dorfgemeinschaft so wichtigen DGHs ist?

Was soll Lenzhahn mit dem vierstelligen Kleinbetrag zur Verschönerung des Jugendraumes, der sich im DGH befindet?

Hat sich mal jemand gefragt, warum diese Verschönerung nicht stattgefunden hat?

Sie hat nicht stattgefunden, weil man niemanden, schon gar nicht Kinder und Jugendliche guten Gewissens in diesen Raum schicken kann, sie dort Zeit verbringen lassen kann.

Denn der Schimmel liegt dick und pelzig auf Einbauten und Wänden, der Raum ist komplett feucht und modrig.

Wir haben deshalb einen Änderungsantrag formuliert und bitten Sie dringlich der beantragten Summe von 25.000 Euro für das Erstellen der Machbarkeitsstudie zuzustimmen.

Es gibt aber auch positive Beispiele.

Eine kleine, aber wirksame und nachhaltige Erfolgsgeschichte ist die Komposttoilette. Anfangs wurden wir dafür belächelt, aber die letzten Jahre zeigen, daß wir gerade für die kleinen Stadtteile kostengünstige und ökologisch-sinnvolle Alternativen zu herkömmlichen Toilettenanlagen geschaffen haben.

Aufgrund der positiven Erfahrungen wächst die Nachfrage auch andere Orte mit der Lösung einer Trockentoilette zu versorgen.

Und ein letztes Beispiel zeigt, wie kommunale Selbstverwaltung und Planungshoheit schneller auf Entwicklungen reagieren können.



Bisher sind weniger als 20 der über 10.000 PFAS Einzelsubstanzen chemikalienrechtlich reguliert.

Doch es gibt Hoffnung: Die Europäische Chemikalienagentur arbeitet an einem Vorschlag zur Beschränkung aller PFAS. Doch das kann noch dauern.

Wir sind sehr froh darüber, dass unser Antrag auf das zukünftige Verbot der Verwendung von PFAS im Kunstrasen auf Sportplätzen in Idstein eine breite Mehrheit gefunden hat und Idstein dadurch eine Vorreiterrolle einnimmt.

Dort, wo die Bürgerinnen und Bürger vor Ort über die Entwicklung ihrer Städte und mitentscheiden können, engagieren sie sich.

Dieses Engagement ist der Kitt unseres Gemeinwesens in einer repräsentativen Demokratie.

Ein Kitt, den wir heute mehr denn je benötigen.